



NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Montag, 05.10.2020,

in der Jugendstil-Festhalle Landau, Großer Saal

Beginn: 18:00

Ende: 21:19



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Margit Frey

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Kim Neumann

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggert

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

ab 18.18 Uhr TOP 3 ö.S.

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding

SPD

Paule Albrecht



Hermann Demmerle

Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter bis 20.55 Uhr TOP 31 ö.S.

Magdalena Schwarzmüller ab 18.25 Uhr TOP 3 ö.S.

Hans Peter Thiel

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Rudi Klemm

AfD

Hermann Eichhorn

Christian Gies bis 19.30 Uhr TOP 13 ö.S.

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner



Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Alexander Kirchmer (Personalabteilung)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Olav Perschmann (Vorsitzender Personalrat)

Sonstige

Sandra Diehl (Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Dorothea Müller (Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc



Hannah Trippner

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Prof. Dr. Hannes Kopf

Beigeordneter

Alexander Grassmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat die Fraktionen, sich untereinander zu verständigen, wie man mit den Stadtratssitzungen weitermache, wenn die Infektionslage weiter fortschreite. Er werde in den nächsten Tagen nochmals ein Meinungsbild abfragen, ob man wieder die Hauptausschussregelung anwende oder ob man den Rat halbiere.

Der Vorsitzende bat darum, den Tagesordnungspunkt 30 der öffentlichen Sitzung „Jahresabschluss 2019 des Gebäudemanagements – Eigenbetrieb“ als neuen Punkt 4 der Tagesordnung vorzuziehen. Die nachfolgenden Punkte würden sich entsprechend verschieben.

Weiter sei ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der GRÜNEN-Stadtratsfraktion „Ampeltrittbretter und Aufpumpstationen für Radfahrende“ eingegangen. Er bitte diesen Änderungsantrag als neuen Punkt 9.1 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung und Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 der Stadt Landau in der Pfalz mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan sowie Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau
Vorlage: 240/126/2020
- 3.1. Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/284/2020
- 3.2. Nachtragshaushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen – Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung
Vorlage: 240/127/2020
4. Jahresabschluss 2019 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/287/2020
5. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Zusatzbeschilderung verkehrsberuhigter Bereich
Vorlage: 101/564/2020



6. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Bildung eines Ortsbeirates für Landau-Horst
Vorlage: 101/565/2020
7. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Errichtung einer Gedenktafel ehemalige „Judengasse“
Vorlage: 101/566/2020
8. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Umsetzung von „Start-up-/Pop-up-Stores“ in der Innenstadt
Vorlage: 101/567/2020
9. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Ampeltrittbretter und Aufpumpstationen für Radfahrende
Vorlage: 101/568/2020
- 9.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag Ampeltrittbretter und Aufpumpstationen
Vorlage: 101/569/2020
10. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Simone Luxembourg
Vorlage: 100/321/2020
11. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Rüdiger Thomaschewski
Vorlage: 100/322/2020
12. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Barbara Weyrauch
Vorlage: 100/323/2020
13. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/326/2020
14. Rechnungsprüfung; Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Landau in der Pfalz durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz
Vorlage: 100/324/2020
15. Unterstützungsprogramm der Stadt Landau zur Bewältigung der Corona-Pandemie; Zweite Tranche – Aktionspaket „Vitale Innenstadt“
Vorlage: 200/333/2020
16. Verlängerung der Frist für zinslose Stundungen städtischer Steuerforderungen gegenüber Unternehmen, insbesondere der Gewerbesteuer, anlässlich der Corona-Krise
Vorlage: 220/040/2020
17. Bericht zur Feststellung der Zuschussbeträge im Haushaltsjahr 2019 für die Einrichtungen des Teilhaushalts 15 - freiwilliger Leistungsbereich
Vorlage: 240/125/2020



18. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 300/021/2020
19. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einer Jagdsteuer (Jagdsteuersatzung)
Vorlage: 300/022/2020
20. Klimaanpassungskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz 2020
Vorlage: 350/155/2020
21. Errichtung einer öffentlichen Toilette im Ostpark
Vorlage: 350/176/2020
22. Bewerbung für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport Jugend und Kultur“ – Projektauftrag 2020
Vorlage: 400/169/2020
23. DigitalPakt Schule - Sofortausstattungsprogramm
Vorlage: 400/170/2020
24. DigitalPakt Schule
Vorlage: 400/172/2020
25. Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 400/177/2020
26. Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals „Soziale Stadt“) in Landau in der Pfalz; Ergebnisbericht der stadtweiten Voruntersuchung
Vorlage: 610/627/2020
27. Bebauungsplan „D 15, Erweiterung Grundschule Queichheim“ in Queichheim; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/628/2020
28. Bebauungsplan „G1 Landau Südwest, 2. Teiländerung, Ecke Hagenauer Straße und Wollmesheimer Höhe“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/630/2020
29. Neubaugebiete „AH 6, Am Bittenweg“ in Arzheim und „GS 9, Am Kalkgrubenweg“ in Godramstein; Vergabe von Ingenieurleistungen
Vorlage: 680/230/2020
30. Sporthalle West;
Anbau über das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur, Projektauftrag 2018"
Vorlage: 820/288/2020
31. Alternativveranstaltung zum kunsthandwerklichen Thomas-Nast-Nikolausmarkt - Landauer Weihnachtstage sowie Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für dafür genutzte Flächen
Vorlage: 830/001/2020



32. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bat darum auch für das nächste Jahr ausreichend Mittel für Baumpflanzungen in den Haushalt einzustellen. Dies sei eine Investition in die Zukunft.

Der Vorsitzende betonte, dass man gerade am Wochenende wieder 5 zusätzliche Bäume gepflanzt habe. Das Grünflächenbudget werde mit Sicherheit auch im neuen Haushalt eine gewichtige Rolle spielen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Daniel Emmerich über seine Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Emmerich ist für Herrn Stock in den Stadtrat nachgerückt, da dieser seinen Wohnsitz verlegt habe.

Der Vorsitzende verpflichtete Herrn Emmerich gemäß § 30 der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 der Stadt Landau in der Pfalz mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan sowie Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 10. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Man habe diesen Nachtragshaushalt am 22. September im Hauptausschuss eingebracht. Dieser Nachtragshaushalt enthalte keine neuen politischen Akzente, es seien nur die notwendigen finanziellen Anpassungen vorgenommen worden. Allein beim Steueraufkommen habe man aus Gewerbesteuer und Anteil an der Einkommenssteuer Mindereinnahmen von rund 10 Millionen Euro. Leider werde man auch nicht von der bundes- bzw. landesweit angekündigten Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle profitieren, da das zugrundeliegende langfristige Mittel einen überproportionalen Anstieg der Gewerbesteuer in Landau verzeichne. Das Defizit im Haushalt erhöhe sich von 11,9 auf jetzt 18,4 Millionen Euro. Durch Verwaltungssteuerung habe man eine gewisse Kompensation erreicht u.a. durch zeitliche Streckungen. Weiterhin hoch belastet sei man durch den Kommunalen Anteil im Bereich Jugend und Soziales in Höhe von 73,8 Millionen Euro. Hinzu kämen pandemiebedingte Sonderkosten. Man könne froh sein, dass man in den letzten Jahren habe Schulden tilgen können. Dennoch reduziere sich das Investitionsvolumen von Stadt und GML um 5 Millionen Euro auf jetzt noch 40,5 Millionen Euro. Dies sei immer noch eine enorm hohe Summe, die der Verwaltung einiges abverlange. Im Stellenplan habe man einen leichten Zuwachs von 2,55 Stellen. Allerdings habe man für 2021 bereits einige Anmeldungen für zusätzliche Stellen. Die laufende Haushaltsausführung und auch dieser Nachtragshaushalt sei durch die Sondersituation Pandemie geprägt.

Ratsmitglied Saßnowski fand es ärgerlich, dass gerade Städte, die sich in den letzten Jahren so verbessert hätten, nun leer ausgehen und hängen gelassen werden. Als GRÜNE-Stadtratsfraktion wolle man heute aber ein ganz herzliches Danke sagen an die Verwaltung und die Verwaltungsspitze, die durch ihr vorausschauendes Planen und Handeln dafür gesorgt hätten, dass man eine Stadt mit einer vergleichsweise geringen Verschuldung sei. Dies sei harte Arbeit jeden Tag und von jedem Mitarbeiter. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Burgdörfer erklärte, dass es gewaltige Veränderungen durch Corona gegeben habe, die sich in diesem Nachtragshaushalt niederschlagen. Es sei eine starke Leistung, in dieser Krise zielgerichtet und schnell mit Maßnahmen reagiert zu haben. Man habe auf bestimmte Einnahmen verzichtet und gezielt mit Mehrausgaben Vereinen und Institutionen unter die Arme gegriffen. Bei alledem sei der Kreditrahmen für das Jahr 2020 eingehalten worden. Man wolle vor allem den sozialen Wohnungsbau hervorheben, der weiterhin forciert und zeitnah umgesetzt werden solle. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Maier erinnerte daran, dass die SPD-Stadtratsfraktion den Ursprungshaushalt abgelehnt habe. Seitdem seien keine neuen politischen Weichenstellungen vorgenommen worden. Im Wesentlichen würden coronabedingte Veränderungen nachvollzogen wie beispielsweise die verschiedenen Hilfspakete. Der Nachtragshaushalt beziehe sich auf den Ursprungshaushalt für 2020. Schon damals habe sich viel um den Altstadtshuttle gedreht. Dieser sei heute schon gescheitert, ein



zentraler Baustein der Mobilitätspolitik sei er gewiss nicht. Die SPD-Stadtratsfraktion lehne daher in der Konsequenz auch den Nachtragshaushalt ab.

Ratsmitglied Freiermuth dankte zunächst der Finanzverwaltung und dem Gebäudemanagement für die geleistete Arbeit. Man sehe allerdings die politische Weichenstellung kritisch. Es gebe gravierende handwerkliche Fehler. Der Einzelhandel stehe nicht zuletzt wegen seines Kampfes gegen den Online-Handel mit dem Rücken zur Wand. Er finde es sehr ärgerlich, dass nun trotz Corona der Umbau der Königstraße und der Altstadtshuttle mit aller Gewalt umgesetzt wurden. Dies sei sehr ärgerlich gerade für den Einzelhandel. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Nachtragshaushalt ab.

Ratsmitglied Gies unterstrich, dass die Corona-Pandemie den Staat und die Gesellschaft vor große Herausforderungen stelle. Der Lockdown habe der Wirtschaft geschadet und das Land in eine Krise gestürzt. Die finanziellen Folgen würden uns noch eine ganze Weile beschäftigen. Politisch stehe man vor einem Dreisprung. Man habe den Nachtrag 2020 und die Haushalte 2021 und 2022 zu meistern. Erst ab 2023 sei wieder mit einer Erholung zu rechnen. Für die Zukunft sei Sparen angesagt, man werde grundlegende Entscheidungen treffen müssen. Man begrüße es, dass die Stadt versucht habe in einzelnen Bereichen nachzusteuern. Sein Dank gelte dem Oberbürgermeister, der in der Krise sofort und beherzt gehandelt habe. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass dieser Nachtragshaushalt ein Corona-Haushalt sei. Bei allen bisher getroffenen Maßnahmen und Entscheidungen habe man einmütig gehandelt. Es zeige sich, wie sehr man von der Gewerbesteuer, aber auch dem Anteil an der Einkommensteuer abhängig sei. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion habe den Ursprungshaushalt abgelehnt. Leider habe die Umsetzung des Haushaltes ihre Fraktion bestätigt. So werde der Altstadtshuttle leider nicht angenommen, obwohl dies eigentlich ein gutes Experiment sei. Man müsse darüber nachdenken, diese Entscheidung zu korrigieren. Im Haushalt 2021 müsse einiges auf den Prüfstand, man werde dort andere Prioritäten setzen müssen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne den Nachtragshaushalt ab.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass der Nachtragshaushalt ohne Corona ein ganz anderer gewesen wäre. Die guten Ergebnisse seien jetzt aber durch die Pandemie ins Negative gedreht worden. Gerade deshalb sei aber dieser Nachtragshaushalt wichtig, um zu sehen, wo es in den nächsten Monaten hingehe. Die Verschlechterung der Zahlen sei ja nicht hausgemacht, vielmehr habe die Verwaltung reagieren müssen. Es sei kein schlechter Nachtrag aufgrund einer schlechten Verwaltung, sondern eine Verschlechterung, die den Umständen geschuldet sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Schreiner unterstrich, dass man in einer besonderen Situation sei, die sich auch auf den Haushalt niederschlage. Man schließe sich dem Dank an die Verwaltung für das Krisenmanagement an. Probleme habe man aber mit Prestigeobjekten wie dem Altstadtshuttle. Die LINKE-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja-, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

a) den 1. Nachtragshaushalt 2020 der Stadt Landau in der Pfalz, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:



1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	139.137.841 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>157.607.689 €</u>
	Jahresfehlbetrag	18.469.848 €
2.	im Finanzhaushalt	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	132.544.871 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>146.077.159 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	-13.532.288 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	11.140.303 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>28.725.103 €</u>
	Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-17.584.800 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	32.367.088 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.250.000 €</u>
	Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	31.117.088 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	176.052.262 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>176.052.262 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0
3.	Verpflichtungsermächtigungen	32.209.203 €
4.	den 1. Nachtragsstellenplan 2020	
b)	die Verbindlichkeit der Finanzplanungsjahre 2021 - 2023	
c)	den Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau für das Wirtschaftsjahr 2020	
	Erfolgsplan	
	Erträge	15.541.800 €
	Aufwendungen	18.191.200 €
	Differenz	-2.649.400 €
	Vermögensplan	
	Einnahmen	17.138.400 €
	Ausgaben	17.138.400 €
	Verpflichtungsermächtigungen	16.659.000 €
	davon für das Jahr 2021	9.492.500 €
	für das Jahr 2022	6.581.500 €
	für das Jahr 2023	585.000 €
	Gesamtbetrag der Kredite	7.736.000 €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 2. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2020 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz und den nachfolgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	15.541.800,00 EURO
Aufwendungen	18.191.200,00 EURO
Differenz	- 2.649.400,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	17.138.400,00 EURO
Ausgaben	17.138.400,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2020 wird festgesetzt auf 7.736.000 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bleibt unverändert und wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2021 bis 2023 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

Wirtschaftsjahr 2021	9.492.500,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2022	6.581.500,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2023	585.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in folgender Höhe aufgenommen werden:

Wirtschaftsjahr 2021:	8.611.500,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2022:	5.985.500,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2023	130.000,00 EURO

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung für die Stadt Landau in der Pfalz.

c) Der Stadtrat nimmt die unveränderte Stellenübersicht zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.2. (öffentlich)

Nachtragshaushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan und Anlagen – Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 29. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3 verwiesen.

Der Stadtrat nahm die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Jahresabschluss 2019 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 6. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Saßnowski nahm den Jahresabschluss mit einem Gewinn von 1,3 Millionen Euro freudig zur Kenntnis. Gleichzeitig seien große Projekte wie die Sporthalle West oder das Wohnungsbauprojekt im Guldengewinn umgesetzt worden. Der Dank der GRÜNE-Stadtratsfraktion gelte dem Gebäudemanagement für die geleistete Arbeit.

Ratsmitglied Höhlinger lobte für die CDU-Stadtratsfraktion die gute Arbeit des Gebäudemanagements. Der Betrieb sei wirtschaftlich gut geführt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2019 mit einer Bilanzsumme von 134.892.110,50 EURO, konsolidiert aus dem Sparten-Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 123.961.650,97 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 11.241.987,77 EURO.
2. Den Jahresgewinn in Höhe von 1.329.001,70 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige
 - Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 943.157,43 EURO
 - Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von 385.844,27 EUROzusammensetzt.
3. Den Jahresgewinn in Höhe von 1.329.001,70 spartengenau in den Gewinnvortrag umzubuchen.
4. Den in der Anlage beigefügten und aus der Jahresrechnung 2019 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.
5. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Zusatzbeschilderung verkehrsberuhigter Bereich

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 14. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Heidbreder begründete den Antrag. Häufig seien Autofahrer zu schnell in diesen verkehrsberuhigten Bereichen unterwegs. Gerade für Kinder seien diese Straßen nicht sicher. Der Antrag ziele darauf ab, ein Bewusstsein für diese Problematik zu schaffen. Man wolle ein sehr niedrigschwelliges Instrument wählen, bevor man mit mehr Kontrollen oder baulichen Maßnahmen tätig werde.

Der Vorsitzende hatte großes Verständnis für diesen Antrag. Allerdings könne er aus Sicht der Verwaltung keine Zustimmung empfehlen, da man damit einen Präzedenzfall schaffen würde. Sein Ansatz sei eher, nochmal das Gespräch mit der Polizei zu suchen, um mehr Kontrollen zu erreichen.

Ratsmitglied Kerbstat lehnte den Antrag ab. Alle Autofahrer würden die Bedeutung der Schilder kennen.

Ratsmitglied Maier zeigte ebenfalls Verständnis für den Antrag. Die Leute würden natürlich die Regeln kennen. Das Problem sei, dass die Regeln nicht eingehalten würden. Mehr Kontrollen seien aus seiner Sicht sinnvoller als ein weiteres Schild aufzuhängen.

Ratsmitglied Klemm erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag ebenfalls ablehne. Das offizielle Verkehrsschild Spielstraße sei eigentlich eindeutig. Sinn würde machen, das die Polizei mehr kontrolliere.

Ratsmitglied Kleemann lehnte den Antrag für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ebenfalls ab. Menschen würden sich durch Zusatzschilder nicht aufhalten lassen.

Der Stadtrat lehnte mit 12 Ja- und 29 Nein-Stimmen

den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion für eine Zusatzbeschilderung verkehrsberuhigter Bereich ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Bildung eines Ortsbeirates für Landau-Horst

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 12. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Herrmann begründete den Antrag. In den Stadtteilen zeige sich, wie wichtig ein Ortsbeirat sei. Der Horst fühle sich abgehängt und in der Stadt nicht richtig gehört. Daher sei es wichtig, dass die Bewohner im Horst endlich eine Stimme bekommen. Die Probleme im Horst seien gerade am Danziger Platz erkennbar, der immer mehr aussterbe. Gerade die Menschen selbst, die vor Ort wohnen, könnten die Probleme und Sorgen am besten lösen. Es sei deshalb mehr als nötig, dass der Horst einen eigenen Ortsbeirat bekomme.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass man diese Diskussion bereits 2018 geführt habe. Bei dieser Argumentation müsste man in jedem Wohnbezirk einen Ortsbeirat installieren. Dies könne nicht Sinn und Zweck sein. Für den Horst im speziellen werde das Förderprojekt „Sozialer Zusammenhalt“ mehr bringen als ein eigener Ortsbeirat. Man kenne den Handlungsbedarf sehr gut. Aus Sicht der Verwaltung empfehle er die Ablehnung des Antrages.

Ratsmitglied Saßnowski lehnte für die GRÜNE-Stadtratsfraktion den Antrag ab, da man generell jeden Antrag der AfD ablehne.

Ratsmitglied Burgdörfer hielt es grundsätzlich für wichtig, möglichst alle Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. So begrüße man auch die Umsetzung des neuen Bauprogramms im Horst. Allerdings lehne man die Bildung eines eigenen Ortsbeirates für den Horst ab.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass Kosten immer eine Rolle spielen würden. Man habe in der Tat genügend andere Probleme in dieser Pandemie. Schon beim letzten Mal habe man gesagt, dass man nicht einfach irgendein Gebiet in der Stadt nehmen und dort einen Ortsbeirat installieren könne. Dies sei mit einem Stadtteil mit gewachsener Struktur nicht vergleichbar. Der Antrag der AfD klemme hinten und vorne. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag daher ab.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass sie sich schon immer für einen eigenen Ortsbeirat für den Horst eingesetzt habe. Es gebe dort sehr viele Probleme. Ein Ortsbeirat sei ein basisdemokratisches Instrument. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen. Die Menschen, die im Horst leben, seien sehr unterschiedlich. Ein Vertretungsorgan in Form eines Ortsbeirates mache in jedem Fall Sinn.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass Stadtteile in jedem Fall gehört und beteiligt werden müssten. Allerdings sei ein Ortsbeirat dabei nicht der richtige Weg. Es gehe um die Weiterentwicklung des gesamten Horstgebietes. Dabei helfe das Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt sehr viel besser als ein eigener Ortsbeirat. Auch von der Kostenseite her sei dies nicht sinnvoll. Die FDP-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Ratsmitglied Schreiner lehnte für die LINKE-Stadtratsfraktion den Antrag ebenfalls ab.



Ratsmitglied Kerbstat erinnerte daran, dass der Rechnungshof dazu auffordere, weniger Geld für die Ortsbeiräte auszugeben. Schon von daher passe der Antrag der AfD nicht in die Zeit.

Der Stadtrat lehnte mit 5 Ja- und 36 Nein-Stimmen

den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion, die Bildung eines Ortsbeirates für Landau-Horst zu prüfen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Errichtung einer Gedenktafel ehemalige "Judengasse"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 16. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Gies begründete den Antrag. Man wolle mit dem Antrag an die jüdische Geschichte in Landau erinnern. Die vielen kleinen Handelsgeschäfte würden noch heute den Charakter der Straße prägen.

Der Vorsitzende erklärte, dass es in Landau eine große und eine kleine Judengasse gegeben habe. Zum anderen bedürfe es einer historisch differenzierten Betrachtung. Sein Vorschlag sei, den Antrag in den Gesamtkontext der Überprüfung der Straßennamen zu bringen.

Ratsmitglied Kerbstat war der Meinung, dass ein Antrag für eine Gedenktafel für die Judengasse ausgerechnet von der AfD ein gewisses Gschmäckle habe. Die Frage sei, ob sich die AfD mit dem historischen Hintergrund auseinandergesetzt habe.

Ratsmitglied Dürphold fand es gut, an die Juden hier in Landau zu erinnern. Eine solche Tafel könne eine gute Gelegenheit dazu sein.

Ratsmitglied Emmerich hielt die Idee einer solchen Gedenktafel durchaus für nobel. Allerdings sollte man den ominösen Sponsor nennen und zum anderen passe das nicht zu einer Partei mit diesem Hintergrund.

Ratsmitglied Kleemann erklärte, dass sich die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion schwer tue mit dem Antrag. Da es aber der Sache diene, werde man zustimmen.

Der Stadtrat lehnte mit 5 Ja- und 36 Nein-Stimmen

den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion, eine Gedenktafel für die ehemalige Judengasse zu errichten, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Umsetzung von "Start-up-/Pop-up-Stores" in der Innenstadt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 14. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Silbernagel begründete den Antrag. Es gebe trotz der Pandemie viele Unternehmer die den Einzelhandel durch Start-ups oder durch Pop-ups bereichern wollen. Man bitte mit dem Antrag die Verwaltung, diese Gründungsmentalität zu unterstützen. Start-ups und Pop-up-Stores seien moderne Geschäftsmodelle. Hiermit würden zeitgemäße Einkaufserlebnisse geschaffen, die auch Eventcharakter haben könnten. Landau sollte hier auf der Höhe der Zeit bleiben.

Der Vorsitzende betonte, dass man dieses Thema natürlich auf dem Schirm habe. Er verstehe den Antrag so, dass es von Seiten der Verwaltung nur Hilfestellung geben könne.

Ratsmitglied Burgdörfer erklärte, dass man alles nutzen sollte, um die Innenstadt zu beleben. Leerstände sollten so weit als möglich ausgeräumt werden. Die CDU-Stadtratsfraktion stehe positiv zu dem Antrag.

Ratsmitglied Freiermuth stellte die Frage, was dies für die vorhandene Geschäftswelt bedeute. Es sei nicht die Aufgabe der Verwaltung gegen die vorhandene Geschäftswelt zu arbeiten. Die FWG-Stadtratsfraktion sehe den Antrag sehr kritisch.

Ratsmitglied Kolain begrüßte für die GRÜNE-Stadtratsfraktion den Antrag. Vielfalt sei etwas Gutes. Neues bringe auch Abwechslung in die Innenstadt.

Herr Messemer erläuterte, dass die Verwaltung die Eigentümer und die Ladengeschäfte in der Innenstadt unterstütze. Pop-up-Stores seien eigentlich typisch für Metropolen. In Landau gebe es aktuell zwei Interessenten. Insofern laufe man mit dem Antrag offene Türen ein.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimme.

Ratsmitglied Kleemann hielt Pop-up-Stores für eine gute Idee, Konkurrenz belebe das Geschäft. Es könnten Produkte angeboten werden, die es nicht an jeder Online-Ecke gebe. Dies könne großes Potential haben.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Ampeltrittbretter und Aufpumpstationen für Radfahrende

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 23. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Hierzu gebe es einen Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 30. September 2020. Er schlage vor, die beiden Anträge gemeinsam zu beraten.

Ratsmitglied Heidbreder begründete den Antrag. Nicht zuletzt bedingt durch die Corona-Pandemie boome der Fahrradverkehr. Es sei dabei viel Gutes für den Fahrradverkehr entstanden. Die vorgeschlagenen Tritt Bretter würden unscheinbar wirken, brächten aber Erleichterungen für Radfahrer. Man schlage vor, dies ins Radförderprogramm aufzunehmen und zu schauen, wie sich dies finanzieren lasse. Dies könne eine gute Sache für die Radfahrstadt Landau sein.

Ratsmitglied Gies war der Meinung, wenn man es mache dann sollte man es richtig machen. Deshalb schlage man ergänzend noch die Einrichtung von Fahrradreparaturstationen vor.

Der Vorsitzende erklärte, dass er aus Sicht der Verwaltung aus Kostengründen weder zum Antrag der Grünen noch zum Änderungsantrag eine Zustimmung empfehlen könne. Man könne dies nochmals im Zuge der Haushaltsberatungen besprechen.

Ratsmitglied Maier fand den Antrag der Grünen gut. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass solche Ampeltrittbretter Sinn machen würden. Eine Aufpumpstation sehe er eher kritisch.

Ratsmitglied Emmerich sprach von einem sehr sinnvollen Antrag.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, an zentralen Querungen Ampeltrittbretter anzubringen und Aufpumpstationen zu installieren, wird in die Haushaltsberatungen 2021 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9.1. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag Ampeltrittbretter und Aufpumpstationen

Der Vorsitzende verwies auf den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 30. September 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 9 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion, an zentralen Punkten Fahrrad-Reparaturstationen aufzustellen, wird in die Haushaltsberatungen 2021 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Simone Luxembourg

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 17. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Frau Simone Luxembourg, 67500 Haguenau, in Anerkennung ihrer Verdienste um die Städtepartnerschaft die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Rüdiger Thomaschewski

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Herrn Rüdiger Thomaschewski, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner Verdienste im gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Barbara Weyrauch

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Frau Barbara Weyrauch, 67483 Edesheim, in Anerkennung ihrer Verdienste im gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 30. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

1. Herrn Daniel Emmerich, 76829 Landau in der Pfalz

als Mitglied

- in den Hauptausschuss
- in den Aufsichtsrat Stadtholding

als stellvertretendes Mitglied

- in den Werksausschuss GML
- in den Jugendhilfeausschuss
- in den Schulträgerausschuss

2. Herrn Philipp Steiner, 76829 Landau in der Pfalz

als Mitglied in den Umweltausschuss

3. Herrn Pico Schmidt, 76829 Landau in der Pfalz

als Mitglied in den Stadtrechtsausschuss

4. Frau Frederike Werner, 76829 Landau in der Pfalz

als Mitglied in den Schulträgerausschuss.

5. Herrn Jörg Rapp, 76829 Landau in der Pfalz

als stellvertretendes Mitglied in den Umweltausschuss

6. Herrn Ulrich Raisin

als Beschäftigtenvertreter in den Verwaltungsrat EWL

7. Frau Andrea Eckrich

als stellvertretende Beschäftigtenvertreterin in den Verwaltungsrat EWL.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Rechnungsprüfung; Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Landau in der Pfalz durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 10. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Rechnungshof sei von Januar bis Mai 2018 in der Verwaltung gewesen. Einige Punkte, die im Bericht des Rechnungshofes angesprochen seien, habe man bereits umgesetzt. Diskussionswürdig seien die politischen Teile des Berichts wie beispielsweise die Kindertagesstätten oder die Frage der Gremiengrößen. Ein größeres Thema sei das Leistungsentgelt. Dies sei aber ein landesweites Problem, das uns schon seit 2007 beschäftige.

Herr Perschmann, Vorsitzender des Personalrates, betonte, dass es das Urlaubsgeld der tariflich Beschäftigten sei, dass in das Leistungsentgelt fließe. Das Land habe für seine Beschäftigten die Regelung des Leistungsentgeltes schnell wieder abgeschafft. Bei den Kommunen aber sei es hängen geblieben. Das entscheidende Problem sei die Bewertung der Leistungen. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung sehe das Leistungsentgelt im öffentlichen Dienst als weitgehend gescheitert. Das auch in Landau angewandte sogenannte „Gießkannenprinzip“ sei ein weit verbreitetes Prinzip bei den Kommunen. Die entscheidende Frage sei „Wie sollen wir bewerten?“ Dies sei das Hauptproblem. Daher habe man entschieden, das Gießkannenprinzip anzuwenden solange beide Seiten, Dienststelle und Personalrat, diesen Weg mitgehen. Eine kurzfristige Dienstvereinbarung sei bis zur nächsten Auszahlung des Leistungsentgelts im Dezember nicht möglich.

Ratsmitglied Saßnowski war der Meinung, dass es sicherlich wichtig sei, dass ab und an mit objektivem Auge auf das Verwaltungshandeln geschaut werde. Aber man mache Politik für Menschen, nicht für Zahlen. So könne man auf die gute Betreuungssituation in den Kindertagesstätten und Krippen stolz sein. Insofern nehme man diesen Bericht zur Kenntnis. Demokratie sei Teilhabe, es sei wichtig, Bürgerinnen und Bürger gerade in der jetzigen Pandemiezeit mitzunehmen.

Ratsmitglied Bakhtari unterstrich, dass vieles aus dem Rechnungshofbericht bereits in Arbeit sei. Man müsse klar sagen, dass der Verwaltung kein Schaden entstanden sei. Kleinere Ausschüsse und Ortsbeiräte könnten sicher Kosten sparen, seien aber nicht unbedingt effizienter. Insgesamt habe der Bericht des Rechnungshofes wenig Substanz. Es sei in der Diskussion völlig untergegangen, dass Landau die geringste Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte hatte. Man könne diesen Bericht ganz gelassen zur Kenntnis nehmen.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass man sicher einiges aus dem Rechnungshofbericht überdenken könne. Bei den Gremiengrößen habe man sich aber beispielsweise bewusst dafür entschieden, es zu belassen. Insgesamt sollte man sich die einzelnen Punkte einzeln betrachten.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass der Rechnungshof sicher eine sehr sinnvolle Einrichtung sei. Dieser habe einen eigenen externen Blickwinkel. Damit werde er aber nicht immer den Gegebenheiten vor Ort gerecht, wie sich beispielsweise beim Leistungsentgelt zeige. Kriterien für das Leistungsentgelt seien schwierig festzulegen und umzusetzen. Die FWG-Stadtratsfraktion könne mit der Kritik des Rechnungshofes gut leben.



Ratsmitglied Dr. Migl sah im Rechnungshof eine überörtliche Instanz, mit deren Kritik man sich ernsthaft auseinandersetzen müsse. Sie kritisiere, dass in den Vorberatungen gerade auf das Thema Leistungsentgelt nicht offen hingewiesen worden sei. Es sei nicht richtig zu sagen, dass man dies so nicht umsetzen wolle. In anderen Verwaltungen funktioniere dies auch, die Stadtverwaltung Germersheim setze es beispielsweise um. Hier gehe es um die Durchführungsverantwortung des Oberbürgermeisters. Das Leistungsentgelt sei ein Instrument, um Leute zu motivieren. Die Frage sei auch, ob ein Schaden entstanden sei. Dies müsste auch im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man bisher eine andere Rechtsauffassung gehabt habe. Aus den Feststellungen und der Rechtsauffassung des Rechnungshofes heraus habe er das Rechtsamt und das Rechnungsprüfungsamt um eine Einschätzung gebeten. 6 % könne man ohne Vereinbarung ausschütten, für die anderen 6 % brauche man eine Vereinbarung. Diese Vereinbarung habe man mit dem Personalrat und laute, dass alle das gleiche bekommen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass es vollkommen richtig sei, dass Dinge durch den Rechnungshof auf den Prüfstand kommen. Die Verwaltung werde dies sicher ernst nehmen und beraten.

Ratsmitglied Schreiner unterstrich, dass die LINKE zum Thema Leistungsentgelt ohnehin eine kritische Haltung habe. Man sollte es aus seiner Sicht komplett abschaffen.

Ratsmitglied Frey bat um Auskunft, ob es bei der Stadt ein Qualitätsmanagement gibt oder jemals gegeben habe.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man in unterschiedlichsten Teilen der Verwaltung ein Qualitätsmanagement habe. Grundsätzlich wolle er zur richtigen Einordnung darauf hinweisen, dass man einen Haushalt mit einem Volumen von 150 Millionen Euro habe. Das vom Rechnungshof ausgewiesene Konsolidierungspotential liege bei insgesamt 1 Million Euro, also weniger als 1 %.

Der Stadtrat nahm den Bericht zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Unterstützungsprogramm der Stadt Landau zur Bewältigung der Corona-Pandemie; Zweite Tranche – Aktionspaket „Vitale Innenstadt“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 10. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es gehe hierbei um drei Aspekte. Einmal gebe es einen Betrag von 100.000 Euro zur Stärkung des Einzelhandels und der Gastronomie in der Innenstadt, bis zu 25.000 Euro zur Förderung allgemeiner freier Kulturveranstaltungen und weitere 20.000 Euro für nicht vorgesehene Härtefälle. Man könne nicht die ganze Wirtschaft oder ganze Kulturbranche retten, aber man könne Rahmenbedingungen schaffen.

Ratsmitglied Neumann befürwortete für die GRÜNE-Stadtratsfraktion diese Unterstützungsmaßnahmen.

Ratsmitglied Burgdörfer erklärte, dass es darum gehe sich für die Zukunft neu aufzustellen. Es sei überaus positiv, dass in unserer Stadt nicht Stillstand und Resignation herrsche, sondern es trotz allem weitergehe. Hier gelte das Motto „Nicht alles ausfallen lassen, sondern sich was einfallen lassen“. Schwerpunkt der Unterstützung sei die Einführung des Stadtgutscheins. Dieser könne ein wesentlicher Baustein zur Kundenakquise und Kundenbindung sein. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Man sollte nicht vergessen, dass dieses Hilfspaket ohne das Land nicht möglich wäre.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte, dass man versuche mit dem Sofortprogramm der Krise zu begegnen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Herrmann fand jegliche Unterstützung gut, um die Stadt durch die Pandemie zu führen. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Kleemann stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel hielt es für gut, dass jetzt eine zweite Tranche der Unterstützung möglich sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Schreiner erklärte die Zustimmung der LINKE-Stadtratsfraktion.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Mittel der zweiten Tranche des Unterstützungsprogramms der Stadt Landau „Miteinander in Landau“ in Höhe von 125.0000 Euro wie folgt einzusetzen:
 - a. Ein Teilbetrag in Höhe von 100.000 Euro wird für die in der Begründung näher beschriebenen Maßnahmen, insbesondere zur Stärkung des Einzelhandels und der Gastronomie in der Innenstadt, die besonders unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden, bereitgestellt.
 - b. Ein weiterer Teilbetrag von bis zu 25.000 Euro wird für die Förderung allgemeiner freier Kulturveranstaltungen bereitgestellt.



2. die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 20.000 Euro für nicht vorgesehene Härtefälle zur Bewältigung der Folgen der Corona – Pandemie nach Einzelfallprüfung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verlängerung der Frist für zinslose Stundungen städtischer Steuerforderungen gegenüber Unternehmen, insbesondere der Gewerbesteuer, anlässlich der Corona-Krise

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 14. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die bisher befristete Regelung, wonach die Verwaltung ermächtigt wurde, zinslose Stundungen für städtische Steuerforderungen gegenüber Unternehmen bis zum 30.09.2020 auf Antrag der Steuerpflichtigen bis 250.000 Euro im Einzelfall zu gewähren, bis 31.12.2020 zu verlängern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Bericht zur Feststellung der Zuschussbeträge im Haushaltsjahr 2019 für die Einrichtungen des Teilhaushalts 15 - freiwilliger Leistungsbereich

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 1. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. In den entsprechenden Bereichen sei gut gewirtschaftet worden. Dennoch müsse der freiwillige Leistungsbereich in den Haushaltsberatungen für 2021 beredet werden. Sie dürften nicht der Pandemie zum Opfer fallen.

Ratsmitglied Lerch sah die Struktur der freiwilligen Leistungen an zwei Stellen gefährdet. Zum einen habe man die Deckelung des Zuschussbetrages und zum anderen seien Verwerfungen durch die Corona-Pandemie vorhanden. Dies werde der Stadt noch auf die Füße fallen. Die CDU-Stadtratsfraktion stehe nachhaltig zu den freiwilligen Leistungen. Leider hindere uns die Aufsichtsbehörde daran, mehr Geld in diesem Bereich auszugeben.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Ergebnisse der Überprüfung des TH 15 – freiwilliger Leistungsbereich zur Kenntnis zu nehmen.
2. dem Vorschlag der Kämmereiabteilung/Controlling, die im Rahmen der Unterschreitung eingesparten Mittel auf Antrag und anschließender Prüfung den bewirtschafteten Abteilungen in den Folgejahren zur Verfügung zu stellen, sofern die gedeckelte Summe der freiwilligen Leistungen in ihrer Gesamtheit eingehalten wird, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 8. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einer Jagdsteuer (Jagdsteuersatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 14. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einer Jagdsteuer (Jagdsteueränderungssatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Klimaanpassungskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 21. Juli 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Follmann war der Auffassung, dass ein Klimaanpassungskonzept dringend notwendig sei. Die Jahrhundertssommer der letzten Jahre zeigten, dass man sich auch um das Klima in unserer Stadt kümmern müsse. Man brauche eine größere Klimaanpassung. Wichtig sei, dass man das Konzept jetzt auch in die Tat umsetze. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme vollen Herzens zu.

Ratsmitglied Dr. Söging erklärte, dass man die großen Herausforderungen des Klimawandels sehe. Es sei dies das große Thema unserer Zeit. Das Klimaanpassungskonzept sei der Masterplan für das Klima in unserer Stadt. Es sei dies ein schlüssiges Gesamtkonzept, dem die CDU-Stadtratsfraktion zustimme.

Ratsmitglied Maier stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Das vorgelegte Klimaanpassungskonzept sei ein wichtiges Papier und ein sehr gelungenes Konzept.

Ratsmitglied Klemm unterstrich, dass Landau mit dem Klimaschutzkonzept und dem Klimaanpassungskonzept gute Voraussetzungen habe, um den Klimawandel zu bewältigen. Das Klimaanpassungskonzept sei für Landau sehr wichtig. Es gebe gute Handlungsempfehlungen für die Zukunft, wie zum Beispiel der Verzicht auf Schottergärten. Ein besonderes Augenmerk lege die FWG auf die Nachverdichtung. Zukunftsfähiges Bauen bedeute nicht Verdichtung um jeden Preis. Kritisch sehe man den Betrieb des Altstadtshuttles der meist leer durch die Gegend fahre und auch die Heizpilze für die Gastronomie. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme insgesamt aber der Vorlage zu.

Ratsmitglied Eichhorn hielt dieses Klimaanpassungskonzept für sinnvoll. Durch die Klimaveränderung müssten Maßnahmen getroffen werden. Handlungsbedarf sehe man noch bei Steingärten. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dem Klimaanpassungskonzept eine gute Grundlage und ein ehrgeiziges Programm. Das Problem sei, dass Papier geduldig sei. Es könne sein, dass es wieder am Geld scheitere. Aus ihrer Sicht würden zum Beispiel auch Frischluftschneisen Grenzen der Bebauung sein. Dies sei zum Beispiel beim geplanten Baugebiet an der Wollmesheimer Höhe sträflich vernachlässigt. Man müsse sich eben an dem Konzept dann auch messen lassen und manche schon beschlossene Dinge kritisch auf den Prüfstand stellen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel begrüßte das Klimaanpassungskonzept, das ein bemerkenswertes Papier sei. Es gebe viele gute Ideen darin wie Sonnensegel für die Verschattung von Straßen. Wichtig werde sein, dieses Werk immer wieder fortzuschreiben. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner unterstrich, dass viele sinnvolle Maßnahmen in dem Klimaanpassungskonzept stehen würden. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme zu und werde die Umsetzung kritisch begleiten.



Beigeordneter Hartmann erinnerte daran, dass man sich in den letzten Jahren bei den verschiedensten Konzepten bei den Grundsatzbeschlüssen immer einig gewesen sei. Bei der konkreten Umsetzung habe es dann aber meistens gehapert. Er hoffe, dass der Rat diesmal bei der konkreten Umsetzung der Maßnahmen dieses Konzeptes mitgehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

das Klimaanpassungskonzept 2020 als Strategiepapier zur Anpassung an den Klimawandel.

Die im Zusammenhang mit dem Klimaanpassungskonzept stehenden Einzelmaßnahmen bedürfen jeweils der Beratung in den Gremien und sind im Rahmen der entsprechenden Haushalts- und Finanzplanung zu berücksichtigen. Die jeweilige konkrete Umsetzung steht unter Haushalts- und ggf. Fördervorbehalt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Errichtung einer öffentlichen Toilette im Ostpark

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 27. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kerbstat regte an, im Sinne des Klimaanpassungskonzeptes zu schauen welche Art von Toilette man nehme.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Förderantrag zur Entwicklung des Ostparks um die Herstellung einer öffentlichen Toilettenanlage zu erweitern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Bewerbung für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport Jugend und Kultur“ – Projektauftrag 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 9. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eggers lobte die Verwaltung, dass diese immer wieder schaue, wo Förderprogramme möglich seien. Besonders wichtig finde man, dass die Jugendverkehrsschule endlich nach vielen Jahren modernisiert werde. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Kolain dankte der Verwaltung für das Auftun dieser Fördertöpfe. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Klemm erklärte, dass er hoffe, dass dieses Projekt über dieses Förderprogramm umgesetzt werden könne. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass sich die Stadt Landau mit den Maßnahmen

- **Sanierung und Erweiterung der Jugendverkehrsschule incl. eines Neubaus eines Schulungsgebäudes mit Lager und Werkstatt sowie Parkplätzen**
- **Neubau einer 2-bahnigen Kurzstreckenlaufbahn 25/50 m in wasserdurchlässigem Kunststoffbelag mit einer Doppelweitsprunganlage (6,00 x 5,55 m) mit Anlauf aus wasserdurchlässigem Kunststoffbelag**
- **Umwandlung des bestehenden Tennenplatzes in einen polverfüllten Kunstrasenplatz mit einer Korkverfüllung, Drainage und Neubau einer 6-Mast-Flutlichtanlage**

am Standort Horstringsportplatz in der Helmbachstraße 100 beim Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ – Projektauftrag 2020 bewirbt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

DigitalPakt Schule - Sofortausstattungsprogramm

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 7. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kolain bat die Bedenken hinsichtlich der Haftungsfragen nochmal zu besprechen. Gerade die Bedürftigen dürften nicht unverschuldet in Schwierigkeiten kommen.

Ratsmitglied Eggers berichtete, dass man sich im Schulträgerausschuss darauf verständigt habe, nach 6 Monaten eine Bestandsaufnahme bei den Tablets zu machen. Man müsse dies im Auge behalten, da die Tablets ausdrücklich für bedürftige Kinder seien.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man sehr froh sei, dass Landau 977 Tablets erhalte und diese nach einem gewissen Schlüssel verteilt werden könnten. Man stelle die Geräte betriebsbereit zur Verfügung. Bei einem Gegenwert von 400 Euro halte er ein Höchstmaß an Verantwortung für einforderbar.

Ratsmitglied Kerbstat kritisierte die Entscheidung für Apple. Sie sehe hier massive datenschutzrechtliche Probleme.

Ratsmitglied Freiermuth entgegnete, dass die Entscheidung für Apple nicht in Landau gefallen sei, sondern beim Land. Es sei gut, dass die Stadt den Schulen die Entscheidung überlasse, wer ein Tablet erhalte. Er finde es auch richtig, in der Frage der Haftung eine Hürde zu setzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

überplanmäßige Mittel in Höhe von 302.420,00 Euro für die Beschaffung von schulgebundenen mobilen Endgeräten zum Verleih an Schülerinnen und Schüler, die für den digitalen Unterricht keine geeigneten Endgeräte im häuslichen Umfeld zur Verfügung haben.

Das Land gewährt eine Vollfinanzierung in gleicher Höhe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

DigitalPakt Schule

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 9. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die zur Verfügung stehenden 3,5 Millionen Euro seien eine ordentliche Stange Geld. Dies sei ein Beitrag, um die Digitalisierung in den Schulen maßgeblich voranzubringen. Man wolle dies jetzt schnell in die Umsetzung bringen.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass Corona hier wie ein Brandbeschleuniger gewirkt habe. Die Stadt versuche hier einen einheitlichen Ausbaustandard zu schaffen und die Schulen an das städtische Netz anzuschließen. Man müsse dann aber auch von städtischer Seite schnell reagieren und helfen, wenn das System an den Schulen ausfalle. Weiter gehe es um die Weiterbildung der Lehrer, die ebenfalls unerlässlich sei.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich die Aussagen von Herrn Lerch. Ein Support werde dringend gebraucht, Lehrkräfte kämen hier an ihre Grenzen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron betonte, dass man dies alles mit den Schulen abgesprochen habe. Natürlich werde man den Support mitdenken. Man wolle das Projekt bis Ende nächsten Jahres abgeschlossen haben.

Ratsmitglied Emmerich sprach von einem sehr guten und wichtigen Konzept. Auch wenn die Geräte im Rahmenvertrag seien, finde er es nicht gut auf Apple-Produkte zu setzen. Hier würden Weichen gestellt, die nicht sein müssten. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme dennoch zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

dem beigefügten Konzept zur Umsetzung des DigitalPaktes Schule in der Stadt Landau in der Pfalz zuzustimmen und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Schritte umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 18. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

für das Haushaltsjahr 2020 überplanmäßige Mittel in Höhe von 20.700,00 € auf dem PK 2171.0829 sowie 12.400,00 € auf dem PK 2171.5238 zur Verfügung zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals „Soziale Stadt“) in Landau in der Pfalz; Ergebnisbericht der stadtweiten Voruntersuchung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei dies ein Programm für die nächsten 10 Jahre mit großer Schubkraft für den nördlichen Teil unserer Stadt.

Ratsmitglied Baur war der Auffassung, dass der Horst ein unterschätztes Stadtquartier sei. Dieses Förderprogramm biete die Chance auch für soziale und ökologische Veränderungen. Den Grünen sei wichtig, dass es eine integrierte Herangehensweise gebe. Es sei dies eine sehr gute Möglichkeit, Stadtentwicklung zu betreiben. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Burgdörfer erklärte, dass es hier darum gehe, Baumaßnahmen und Lebensqualität zusammen zu denken. Es sei hierbei wichtig, mit den Menschen vor Ort zu arbeiten und ihre Ideen aufzunehmen. Man wolle sich für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Wohnsituation einsetzen. Besonders wichtig sei es, Quartiersmittelpunkte zu stärken. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu. Das Horstgebiet werde in Landau oftmals unterschätzt. Es wäre gut, wenn es gelingen würde, noch die ein oder andere Vernetzung zu schaffen.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass der Ergebnisbericht zeige, dass dieses Gebiet über viel Potential verfüge. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Herrmann sprach von einer hervorragenden Idee. Die AfD-Stadtratsfraktion werde gerne zustimmen.

Ratsmitglied Kleemann war der Meinung, dass dies eine tolle Chance für den Landauer Nordosten sei. Die Bürger müssten unbedingt mitgenommen und Bürgerbeteiligung ernst genommen werden. Es stelle sich die Frage wer denn in diese Lenkungsgruppe solle.

Ratsmitglied Silbernagel stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner teilte mit, dass die LINKE-Stadtratsfraktion der Vorlage mit gutem Gewissen zustimmen werde. Hier werde der Finger in die Wunde gelegt, wobei man klar sagen müsse, dass der Horst kein Katastrophengebiet sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Ergebnisbericht der stadtweiten Voruntersuchung zum Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsberatungen kommender Jahre mögliche Projektideen und ihre Finanzierung darzustellen und im Lichte der gesamtstädtischen Haushalts- und Finanzplanung zu bewerten, um auf dieser Grundlage einen Einstieg in das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ zu ermöglichen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

**Bebauungsplan „D 15, Erweiterung Grundschule Queichheim“ in Queichheim;
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schowalter bat um Auskunft, ob die Nachbarschaft eingebunden sei.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erläuterte hierzu, dass dies im weiteren Verlauf des Verfahrens geschehen werde.

Ratsmitglied Doll erklärte, dass dies ein tragbares Konzept für Queichheim sei. Er sehe hier keine Probleme

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet im Bereich der Michael-Ende-Grundschule an der Hauptstraße 84 in Queichheim (Gemarkung Queichheim, Flurstücke 7 und 586/3) wird der Bebauungsplan „D 15, Erweiterung Grundschule Queichheim“ aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Planungsziele vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Bebauungsplan „G1 Landau Südwest, 2. Teiländerung, Ecke Hagenauer Straße und Wollmesheimer Höhe“ der Stadt Landau in der Pfalz; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. August 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Aufstellungsbeschluss vom 24. April 2020 zum Bebauungsplan „G1 Landau Südwest, 2. Teiländerung, Ecke Hagenauer Straße und Wollmesheimer Höhe“ wird hinsichtlich der Ziele der Planung und des Geltungsbereiches angepasst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „G1 Landau Südwest, 2. Teiländerung, Ecke Hagenauer Straße und Wollmesheimer Höhe“ erneut ortsüblich bekannt zu machen, darin die Öffentlichkeit über die veränderten Inhalte zu informieren sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Einzelhandelskonzept für den Bereich Nahversorgung auf die aktuellen Entwicklungen anzupassen und dem Rat als fortgeschriebenes städtebauliches Entwicklungskonzept i.S.d. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB zum Beschluss vorzulegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

**Neubaugebiete „AH 6, Am Bittenweg“ in Arzheim und „GS 9, Am Kalkgrubenweg“ in Godramstein
Vergabe von Ingenieurleistungen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der ersten Stufe (Leistungsphasen 1 bis 4) der Erschließungsplanung für die Neubaugebiete „AH 6, Am Bittenweg“ in Arzheim und „GS 9, Am Kalkgrubenweg“ in Godramstein (Verkehrsanlagen und Entwässerung) ist dem TEAMBAU Ingenieurbüro für Bauwesen, Bad Bergzabern, zu dem Preis ihres Angebotes vom 06.08.2020 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 121.678,78 EUR zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

Sporthalle West;

Anbau über das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur, Projektauftrag 2018"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 9. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass man einen Weg gefunden habe, dass die Tribüne nicht hinter eine Glaswand müsse, sondern offen bleiben könne.

Ratsmitglied Eggers betonte, dass der Sport und die Vereine in Landau dies verdient hätten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass

- a) die Sporthalle West durch einen Anbau an der westlichen Wand um eine Toilettenanlage, einen Cateringbereich, einen Multifunktionsraum, einen Seminar- und Meditationsraum sowie einen Lagerraum erweitert wird. Im Obergeschoss dieses Anbaus soll ein tribünenartiger Ausbau errichtet werden, der die Möglichkeit gibt, das Geschehen in der Halle mit zu verfolgen.
- b) die hierfür benötigten Mittel sowohl im Nachtragswirtschaftsplan als auch in den folgenden Wirtschaftsplänen mit einer Gesamtsumme von 1.715.000,00 EURO veranschlagt werden, sofern eine Bezuschussung über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur“ erfolgt.
- c) ein kommunaler Eigenanteil in Höhe der die Förderung übersteigenden Kosten, dies sind voraussichtlich 315.000 EURO, bereitgestellt wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

Alternativveranstaltung zum kunsthandwerklichen Thomas-Nast-Nikolausmarkt - Landauer Weihnachtstage sowie Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für dafür genutzte Flächen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Büros für Tourismus vom 23. September 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Leiner dankte dem Büro für Tourismus für die Erarbeitung dieser sehr guten Alternative zum Nikolausmarkt. Durch das Auseinanderziehen über die gesamte Stadt gebe es die Möglichkeit, den Einzelhandel in der Stadt einzubeziehen und zu präsentieren. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Höhlinger lobte, dass es gelungen sei, trotz Corona ein vernünftiges Konzept für eine weihnachtliche Atmosphäre in der Stadt zu haben. Besonders begrüße man den Erlass der Sondernutzungsgebühr für die Beteiligten. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier fand das vorgelegte Konzept richtig gut. Seine Frage gehe dahin, wie eine Kontaktnachverfolgung gesichert werden könne.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es entweder die Möglichkeit „to go“ gebe oder eingezäunte Bereiche, in denen dann ganz normal die Kontaktdaten hinterlassen werden müssten.

Ratsmitglied Klemm betonte, dass die Schausteller in diesem Jahr ein extrem schwieriges Jahr hätten. Von daher finde er es toll, wenn man diese jetzt so unterstützen könne. Die Frage sei, ob man den Rathausplatz nicht bis zum 6. Januar bespielen könnte.

Ratsmitglied Kleemann dankte dem Büro für Tourismus für das Konzept und erklärte die Zustimmung der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass es gut sei, dass der Thomas-Nast-Nikolausmarkt nicht abgesagt, sondern umgestaltet werde. Die FDP-Stadtratsfraktion unterstütze dies gerne.

Ratsmitglied Emmerich erklärte, dass er die Idee auch super finde. Der Weihnachtsmarkt sei ja an sich eine besinnlichere Festivität. Dennoch blieben einige Fragen offen wie Menschenansammlungen, Warteschlangen oder die Maskenpflicht.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es auch hier darum gehe, die A-H-A-Regeln einzuhalten. Dies obliege letztlich jedem Teilnehmer, egal ob Beschicker oder Besucher. Das schlimmste wäre, wenn man den Markt wegen der Uneinsichtigkeit Einzelner zurückfahren müsste.

Ratsmitglied Dr. Wissing betonte, dass man in dieser Pandemie neue Wege gehen und Alternativen mit neuen Konzepten finden müsse. Von daher begrüße sie diese Vorlage ausdrücklich.

Ratsmitglied Herrmann fand das neue Konzept ebenfalls sehr gut. Es könnte viele Besucher für die Stadt anlocken.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass die ausgearbeiteten Sondernutzungsflächen gemäß den vorgelegten Lageplänen zugelassen werden und die Veranstaltung „Landauer Weihnachtstage“ vom 26. November 2020 bis 6. Januar 2021 im gesamten Innenstadtbereich (bis 20. Dezember 2020 auf dem Rathausplatz) durchgeführt wird.

Die Verwaltung wird ermächtigt, anfallende Gebühren für Sondernutzungen nach Ziffer 3.1, Anlage 1 zur Sondernutzungssatzung analog zur Regelung der Außenbewirtungen im Gaststättengewerbe als Billigkeitsmaßnahme nach § 11 der Satzung zu erlassen (vgl. SiVo 320/017/2020).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Schwarzmüller fragte erneut nach der Beschilderung des neuen Verwaltungsgebäudes in der Klaus-von-Klitzing-Straße.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er dies nochmals weitergeben werde.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Erläuterung, warum für die Gastronomen keine Pavillons oder Zelte erlaubt seien.

Der Vorsitzende erläuterte, dass das Sitzen in einem Zelt nicht mehr Outdoor, sondern Indoor sei. Zudem sei bei größeren Zelten die Durchfahrt und die Brandlastproblematik nicht berücksichtigt.



Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 05.10.2020 umfasst 49 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 581.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter